08.11.2023
LÄNDLICHE ENTWICKLUNG

Zur Hessischen Landtagswahl 2023. Ein politischer Weckruf für die ländlichen Räume!

Die Wahlergebnisse der Landtagswahl 2023 in Hessen haben teilweise eine hohe Unzufriedenheit mit den derzeitigen politischen, ökonomischen und gesellschaftspolitischen Gegebenheiten offenbart. Insbesondere in den ländlichen Räumen konnte die AfD hohe Wahlergebnisse erzielen.
In Teilen der ländlichen Bevölkerung besteht der Eindruck, dass aktuelle politische Herausforderungen vor allem aus einer urbanen Perspektive heraus betrachtet und bewertet werden. Demgegenüber würden viele politische Entscheidungsträger den ländlichen Problemwahrnehmungen und Lösungsansätzen zu wenig Beachtung schenken.
Deshalb fordern der Landfrauenverband Hessen e. V., das Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (ZGV) und die Hessischen Regionalforen, dass Ressourcen, Potentiale sowie Problemlagen der ländlichen Räume zukünftig politisch verstärkt wahrgenommen werden müssen.
Dazu gehört auch, dass beim Zuschnitt eines Fachministeriums die Bereiche Landwirtschaft und ländliche Räume nicht getrennt werden, da der gesamte Agrarsektor über die Wertschöpfungsketten, die Natur- und Umweltnutzung, Infrastrukturausbau, Fachkräftebereitstellung, Handwerk, soziale Dienstleistungen sehr eng mit vielen anderen Bereichen der ländlichen Entwicklung verbunden ist. „Eine isolierte Betrachtung des Landwirtschaftssektors wird dieser komplexen Verwobenheit mit vielen anderen Sektoren nicht gerecht. Denn auch die Landwirtschaft ist darauf angewiesen, sich in inter- und transdisziplinären Zusammenhängen auszutauschen, um z. B. gesellschaftspolitische Zielkonflikte zu verringern, neue Märkte und Handlungsfelder wie Erneuerbare Energien zu erschließen und Diversifizierung durch Landtourismus zu betreiben“, so Oberkirchenrat Pfarrer Christian Schwindt, Leiter des ZGV.
„Um den gesellschaftlichen Zusammenhalt im ländlichen Raum zu stärken, darf das übergeordnete politische Ziel, allen Menschen gesellschaftliche Teilhabe und politische Partizipation zu ermöglichen, nicht aus den Augen verloren werden. Entsprechende Fördermittel sollten deshalb weiterhin bereitgestellt werden“, so Marion Klein vom Vorstand der hessischen Regionalforen e.V..
Zusätzlich sind die Bedürfnisse von armutsgefährdeten Menschen in ländlichen Räumen intensiver politisch zu beachten. Aufgrund der sehr hohen Inflationsraten haben sich Energie-, Ernährungs- und Mobilitätsarmut verstärkt. „Ländliche Armut ist oft versteckt und hoch schambesetzt. Armutslagen haben sehr verschiedene individuell-biografische sowie strukturelle Ursachen. Armutsgefährdete Gruppen wie verwitwete alte Frauen, Alleinerziehende, Menschen mit Behinderungen nehmen teilweise bestehende Sozialhilfeansprüche nicht wahr. Hier sollten niederschwellige, zielgruppenspezifische Zugänge und Hilfsangebote geschaffen werden“, meint Ursula Pöhlig, Präsidentin des Landfrauenverbandes Hessen.

zum ausführlichen Plädoyer

Kontakt:
Dr. Maren Heincke, Referat Stadt- und Landentwicklung, ZGV, Telefon 061312874447, Mail

---

© 2023 - Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der EKHN